Pressemitteilung

Pressereferat
der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
http://www.wiesbaden.de/presse

9. November 2021

Gesundheit, Homepage

Gesundheitskonferenz Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Limburg-Weilburg hat zur Weiterentwicklung regionaler gesundheitlicher Versorgungsstrukturen getagt

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr wurde trotz der anhaltenden pandemischen Lage die Regionale Gesundheitskonferenz Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Limburg-Weilburg einberufen. Aus diesem Anlass tagten am 29. Oktober virtuell mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Gesundheitsversorgung, um Versorgungslücken aufzuzeigen und gemeinsam Lösungsansätze zu diskutieren.

Durch die Veranstaltung führte der Vorsitzende der Konferenz, Bürgermeister und Gesundheitsdezernent Dr. Oliver Franz. „Ich freue mich über den regen Diskurs und kontinuierlichen Austausch im Rahmen der Gesundheitskonferenz. Viele Fragestellungen, welche die öffentliche Gesundheit betreffen, können nicht individuell gelöst werden, sondern bedürfen einer engen Verzahnung unterschiedlicher Akteure des Gesundheitswesens“, so Dr. Franz, der das hohe Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßte.

Wiesbaden als Gesundheitsstandort weiterentwickeln

Wie eine interdisziplinäre Zusammenarbeit dazu beitragen kann, die Gesundheitsstrukturen zu formen und weiterzuentwickeln, stellten Carolin Herzog vom Stadtplanungsamt Wiesbaden und Svenja Knuffke vom Planungsbüro AS+P anhand erster Ergebnisse der Analysephase des Projekts „Masterplan Gesundheitswirtschaft“

eindrucksvoll dar. Der Masterplan Gesundheitswirtschaft zielt darauf ab, die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für die Landeshauptstadt herausarbeiten, Perspektiven aufzeigen und die gesundheitliche Versorgung sicherstellen bzw. zu verbessern. „Die besonderen Standortbedingungen der Landeshauptstadt bieten sowohl Chancen als auch Herausforderungen“, erklärte Stadtplanerin Carolin Herzog. „Wiesbaden steht in der Tradition einer Kurstadt. Wir sehen es als Chance, diese Tradition zu nutzen, um die Stadt zu einem modernen Gesundheitsstandort zu transformieren.“ Hierzu verknüpft der Masterplan Gesundheitswirtschaft die räumlich-städtebaulichen und wirtschaftsökonomischen Planungsebenen mit dem Fachwissen und den Bedarfen der Gesundheitsbranche. „Die Gesundheitswirtschaft ist von überdurchschnittlicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden“, berichtete Stadtplanerin Svenja Knuffke und hob dabei auch die Rolle der Medizinischen Versorgung hervor „Die Gesundheitswirtschaft ist stark geprägt von der Medizinischen Versorgung; sechs von zehn Personen arbeiten in diesem Teilbereich.“ Die Versorgung sei entsprechend gut, insbesondere im Innenstadtbereich. Für die Versorgung in den Vororten seien besondere Konzepte erforderlich. Insgesamt müssten die drei Teilbereiche der Gesundheitswirtschaft ineinandergreifen und gemeinsam, aber jeweils gezielt, weiterentwickelt werden. Zu den Teilbereichen gehören neben der Medizinischen Versorgung noch die industrielle Gesundheitswirtschaft und die sogenannten weiteren Teilbereiche, die beispielsweise Kur- und Verwaltungseinrichtungen umfassen.

Hausärztliche Versorgung in Wiesbaden mittelfristig sichergestellt

Die Gesundheitskonferenz beobachtet die hausärztliche Versorgung der Stadt Wiesbaden und der umliegenden Gebietskörperschaften fortlaufend. Mit einem Vortrag der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen schloss das Gremium an die Inhalte vorausgegangener Sitzungen an, bei denen die Bedarfsplanung sowie die Nachbesetzung hausärztlicher Praxen in ländlichen Gebieten im Fokus standen. Referent Norbert Ortloff von der KV Hessen erklärte: „Für die Bedarfsplanung sind die Entwicklungen der Bevölkerungszahlen grundlegend. Prognosen des Statistischen Landesamtes Hessen zeigen, dass die Bevölkerungszahlen in den Landkreisen Limburg-Weilburg und Rheingau- Taunus-Kreis in den kommenden Jahren abnehmen werden. In der Stadt Wiesbaden ist hingegen eine Bevölkerungszunahme zu erwarten, die sogar über dem Durchschnitt in Hessen liegt.“ Daraus sei abzuleiten, dass es immer mehr Menschen geben werde, die im Wiesbadener Stadtgebiet hausärztlich versorgt werden müssen. „Das Angebot der hausärztlichen Versorgung ist in der Landeshauptstadt insgesamt gut verteilt“, bekräftigte Ortloff. „Trotz einer geringeren Niederlassungsdichte in den Vororten ist die Versorgung rechnerisch als gut einzuschätzen. Die äußeren Vororte profitieren zudem von der sehr guten innenstädtischen Versorgung.“ Eine

Herausforderung stelle jedoch auch in der Landeshauptstadt die Nachbesetzung von Arztpraxen dar, da viele Hausärztinnen und Hausärzte in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten werden. Zwar läge das Durchschnittsalter aller Hausärztinnen und Hausärzte in Wiesbaden im Hessenschnitt, ausgehend von einer Praxisabgabe im Alter von 65 Jahren könnten jedoch bis zum Jahr 2030 rund 47 Prozent der heute in Wiesbaden praktizierenden Ärztinnen und Ärzte ihre Tätigkeit altersbedingt beenden. Dieser Herausforderung gelte es entgegenzuwirken. Mittelfristig sei die hausärztliche Versorgung der Landeshauptstadt jedoch als gut bis sehr gut zu bewerten.

Über die Regionale Gesundheitskonferenz

Die erste Regionale Gesundheitskonferenz Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Limburg-Weilburg tagte am 28. Juli 2019 im Rathaus in Wiesbaden. Aufgabe der Gesundheitskonferenz ist es, die regionalen Versorgungsstrukturen zu beobachten, Problemanalysen zu erstellen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, um die Gesundheitsversorgungsleistungen für die Menschen vor Ort zu verbessern. Die Konferenz findet drei bis vier Mal pro Jahr statt, um gesundheitliche Fragestellungen auf Stadt- und Landkreisebene abzustimmen. Die Empfehlungen werden dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration für die regionale Gesundheitsplanung vorgelegt. Das Gremium setzt sich zusammen aus Delegierten der Landkreise und der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärzte- und Apothekerkammer, der Krankenkassen und –verbände, der Hessischen Krankenhausgesellschaft, Benannte der Kommunalen Spitzenverbände, des Landespflegerates sowie der Landesarbeitsgemeinschaft und Selbsthilfe.

+++